

Ingo Krampen

Eltern gehören zum Schicksal ihrer Kinder – ein Zwischenruf

Das Bundesverfassungsgericht hatte in dem vorstehend abgedruckten Streitfall einen Grundsatzbeschluss zu fassen, der vermutlich gar nicht leicht zu entscheiden war: Grob vereinfacht ging es um die Auseinandersetzung zwischen den Eltern eines im Jahr 2003 geborenen Mädchens und dem zuständigen Jugendamt. Das Kind wies eine erhebliche Sprachentwicklungsstörung auf, die Eltern hatten sich mehrfach getrennt und wieder versöhnt. Sie hatten beide massive psychische Probleme und wurden – vermutlich nicht zu Unrecht – von allen Experten als ungeeignet angesehen, eigenverantwortlich und kindgerecht für die Tochter zu sorgen. Deswegen war ihnen im Mai 2008 das Aufenthaltsbestimmungsrecht entzogen worden. Die Instanzgerichte hatten diese Entscheidung unter Anordnung einer Pflegschaft für das Kind bestätigt. Nun musste das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob der mit den Maßnahmen verbundene teilweise Entzug des Sorgerechts verfassungsgemäß war.

Die obersten Richter gaben mit Kammerbeschluss der Verfassungsbeschwerde statt, obwohl nach ihrer eigenen Auffassung die Entscheidung des Jugendamts gemäß §§ 1666, 1666a BGB der Nachprüfung durch Gerichte eigentlich „grundsätzlich entzogen“ war. Dem Verfassungsgericht oblag – so wörtlich der Beschluss – „lediglich die Kontrolle, ob die angegriffene Entscheidung Auslegungsfehler erkennen lässt, die auf einer grundsätzlich unrichtigen Auffassung von der Bedeutung eines Grundrechts oder vom Umfang seines Schutzbereichs beruhen“. Auf dieser Basis erkannten die obersten Richter aus Karlsruhe, dass die Fachgerichte „das Elternrecht der Beschwerdeführer in Umfang und Tragweite verkannt“ hatten. Eine ziemlich schwere juristische Keule, die da geschwungen wurde! Was war der Grund dafür?

Ganz entscheidend für das Bundesverfassungsgericht war offensichtlich, dass aus seiner Sicht die Vorinstanzen den Stellenwert des El-

ternrechts aus Art. 6 GG nicht hoch genug angesetzt hatten: „Der amtsgerichtliche Beschluss lässt nicht erkennen, dass sich das Gericht der hohen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Trennung eines Kindes von seinen Eltern gegen deren Willen bewusst war“. Und im Folgenden wird dann ausgeführt, warum alle Vermutungen und Annahmen von Ämtern, Gerichten und Sachverständigen nicht ausreichen, um eine auch nur teilweise Entziehung des Sorgerechts zu rechtfertigen. Die Verfassungsrichter postulieren, dass gemäß § 1666 BGB nur eine bereits eingetretene oder unmittelbar drohende Schädigung des Kindes eine so schwerwiegende Maßnahme wie den Eingriff in das Elternrecht begründen kann. Damit schließen sie auch an die frühere Rechtsprechung des Gerichts an (erstmalig BVerfGE 60, 79 = NJW 1982, 1379), die sich damals zur Begründung aber vor allem auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gestützt hatte: Die möglichen Alternativmaßnahmen zur Entziehung des Sorgerechts waren seinerzeit nach Auffassung des Gerichts noch nicht ausgeschöpft worden. Mit dem Beschluss vom Januar dieses Jahres stellen die Verfassungsrichter nunmehr klar, dass Präventivmaßnahmen ohne eine unmittelbar drohende Schädigung des Kindes generell nicht in Betracht kommen können.

Das ist eine weise Entscheidung, die für zukünftige Maßnahmen und Gerichtsurteile klarstellt, „dass die Eltern und deren sozio-ökonomische Verhältnisse grundsätzlich zum Schicksal und Lebensrisiko eines Kindes gehören“. Und – noch entscheidender: „Zum Wächteramt des Staates zählt *nicht* die Aufgabe, für eine den Fähigkeiten des Kindes bestmögliche Förderung zu sorgen“. Damit erteilt das Bundesverfassungsgericht der Ansicht eine deutliche Absage, dass es Aufgabe des Staates und seiner Organe sei, Kinder auch gegen den Willen seiner Eltern oder unabhängig von deren Verständnis zu fördern. Diese Selbstbeschränkung des Staates erscheint auf den ersten Blick gar nicht logisch. Dient es nicht dem Wohl der Kinder am besten, wenn sie Chancen bekommen, die ihnen ihre Eltern nicht bieten

können oder wollen? Ist es nicht auch im Sinne der Fortentwicklung der Gesellschaft, wenn Kinder bestmöglich gefördert werden?

Ist es nicht. Denn letztlich wäre eine Ausweitung der Befugnisse der staatlichen Behörden beim Kindeswohl auf Präventiveingriffe nichts anderes als eine moderne Form des allgegenwärtigen und allmächtigen Orwellschen Staates aus dem schon fast in Vergessenheit geratenen Klassiker „1984“: Da wird alles so geordnet, wie es für die Gemeinschaft am besten erscheint; der Einzelne wird integriert und einsortiert, und die Gesellschaft funktioniert bestens, weil eine übergeordnete höhere Macht jederzeit dafür sorgt, dass jedes Rädchen im Getriebe immer am passenden Platz ist. Und außerdem: Wie weit wäre eine Ausdehnung der staatlichen Befugnisse hinsichtlich eines Entzugs des Sorgerechts noch entfernt von einem Schreckensszenario, in dem staatlicherseits jede Heirat, jede Geburt und jeder Tod genehmigt werden müsste oder eben auch abgelehnt werden könnte, wenn es nicht den Interessen der Gemeinschaft dienlich erscheint?

Da ist es schon besser, zu ertragen, dass nicht alles optimal läuft mit dem Kinderkriegen und der Kindererziehung, dass junge Paare unvorbereitet und unreif Eltern werden. Das ist alles nicht schön, gewiss nicht! Und es bereitet der Gemeinschaft erhebliche Probleme, kostet Geld und verursacht Jugendämtern, Gerichten und sozialen Einrichtungen der Jugendhilfe viele Probleme. Aber es belässt den nachfolgenden Generationen die Freiheit, sich selbst entwickeln zu dürfen: das wichtigste Merkmal der Menschenwürde. Insofern ist dem Bundesverfassungsgericht dafür zu danken, dass es den Entzug des Sorgerechts angesichts der Bedeutung des Elternrechts des Art. 6 GG zur ultima ratio erklärt hat: Die Eltern sind und bleiben das Schicksal ihrer Kinder, und das ist auch gut so!

Verf.: Rechtsanwalt Ingo Krampen, Husemannplatz 3–4, 44787 Bochum, E-Mail: krampen@barkhoff-partner.de